



Jung und Alt gemeinsam für ein sicheres Leben in Wohlstand – heute und in Zukunft

Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur
demographischen Entwicklung in Deutschland

Beschluss vom 25. September 2012

Die deutsche Bevölkerung altert, weil die Lebenserwartung steigt und die Geburtenrate seit Jahrzehnten niedrig ist. Die damit verbundene demographische Entwicklung stellt eine Herausforderung dar, die nicht alleine von der Politik gemeistert werden kann. Es handelt sich um eine nationale Aufgabe, die alle Akteure und Gruppen betrifft, neben dem Bund selbst insbesondere die Länder, Kommunen, die Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, die Wissenschaft, Sozialverbände und Vereine. Es stellen sich neue Fragen für die Generationengerechtigkeit.

Wir treten dafür ein, das Miteinander der Generationen durch einen schonenden Umgang mit unseren ökologischen und finanziellen Ressourcen, durch Investitionen in Bildung, Forschung und Integration langfristig zu sichern. Dazu gehören auch ein moderner Arbeitsmarkt und anpassungsfähige soziale Sicherungssysteme. Zentral ist für uns, dass es nicht zu Wohlstandsverlusten führen darf, wenn man Kinder hat. Ein gemeinsames und frühzeitiges Engagement dafür stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Zukunft.

Die demographischen Fakten sind längst bekannt. Politische Entscheidungsträger im Bund, in den Ländern und in den Kommunen berücksichtigen sie teilweise heute schon. Künftig müssen aber die Konsequenzen aus dem längeren Leben, der niedrigen Geburtenrate, der regional unterschiedlichen Entwicklung und der zunehmenden Vielfalt der Gesellschaft gerade in Großstädten systematisch Berücksichtigung finden. Die jeweilige konkrete Bedeutung der demographischen Entwicklung ist künftig bei allen Gesetzgebungsverfahren zu prüfen. Demographiepoltik muss zu einer Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche werden.

Wir sind offen für einen Paradigmenwechsel: Eine Bevölkerung muss nicht ständig wachsen, um zusammenzuhalten und produktiv zu sein. Auch eine allmählich kleiner und älter werdende Gesellschaft kann vital bleiben. Der Sport mit seiner flächendeckenden Struktur in über 90.000 Vereinen kann hierzu einen wertvollen Beitrag leisten.

Das Zeitfenster für eine vorausschauende Politik ist noch offen, wir wollen es rechtzeitig nutzen. Es geht darum, sich frühzeitig auf die Folgen des demographischen Wandels in allen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens einzustellen. Wir verfolgen dabei die Strategie, sich kurz- und mittelfristig an den Bevölkerungsrückgang und die demographische Alterung anzupassen, sie langfristig aber auch abzumildern.

Wir begrüßen die Demographiestrategie der Bundesregierung vom April 2012, da sie erstmals übergreifend die Phänomene des demographischen Wandels aufgreift. Sie eröffnet den strukturierten Dialog mit Ländern, Kommunen und den Verbänden und beinhaltet zahlreiche konkrete Maßnahmen mit demographischen Bezügen.

1. Familie

Familienmitglieder treten füreinander ein: Eltern und Großeltern übernehmen Verantwortung für ihre Kinder und Enkel, erwachsene Kinder übernehmen Verantwortung für ihre Eltern. Damit leisten sie Enormes für unser Land. Die Union setzt sich für eine **Kultur der Familienfreundlichkeit** ein. Unser Ziel dabei ist es, Familien zu fördern, zu stärken und zu stabilisieren. Familienfreundlichkeit muss als Querschnittsthema in allen Politikbereichen bei der Gesetzgebung und beim exekutiven Handeln intensiver berücksichtigt werden. Wir wollen prüfen, ob sich dieses Grundprinzip noch in dieser Legislaturperiode rechtlich verankern lässt.

Kinder sind eine Bereicherung. Wir wollen junge Männer und Frauen ermutigen, sich **für Kinder zu entscheiden**. Die Familienpolitik der Union hat zum Ziel, dass durch mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit und durch günstigere Rahmenbedingungen mehr Kinder in Deutschland geboren werden. Zu diesen Bedingungen gehören die Stärkung der Paar- und Elternkompetenz, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beispielsweise durch den Ausbau der Kindertagesbetreuung und die Familienpflegezeit sowie eine Gleichstellungspolitik, die für Frauen und Männer gerechte Chancen und berufliche Perspektiven schafft. Insbesondere wollen wir den beruflichen Wiedereinstieg nach einer Familienphase durch die Vorlage eines schlüssigen und verständlichen Konzepts zur Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen erleichtern.

Ein Mindestmaß an Sicherheit und Planbarkeit im Beruf ist Grundlage dafür, dass Familien auf ein regelmäßiges Einkommen zurückgreifen können.

Die Union tritt für den **Schutz von Ehe und Familie** ein. Ehe und Familie sind die beste Grundlage für die Entfaltung und das Aufwachsen von Kindern. Die auf Dauer angelegte Ehe ist die beste Basis dafür, dass Frau und Mann partnerschaftlich füreinander und als Mutter und Vater für ihre Kinder Verantwortung übernehmen und gemeinsam zu Erziehung, Haushaltsführung und Lebensunterhalt beitragen. Wir respektieren und anerkennen aber auch andere Familienformen: alleinerziehende Mütter oder Väter sowie nichteheliche Lebensgemeinschaften mit gemeinsamen Kindern. Für uns ist Familie dort, wo Eltern mit ihren Kindern eine Gemeinschaft bilden und füreinander Verantwortung tragen.

Familiäre Werte strahlen in die Gesellschaft aus und prägen unser Land. Das in Familien gelebte Mit- und Füreinander findet sich auch in anderen Lebensbereichen wie etwa der Arbeits- oder Vereinswelt. Ein Arbeitsvertrag begründet etwa ein Treueverhältnis und somit ein Mit- und Füreinander im Unternehmen. Auch die Sozialpartnerschaft, ein Wesensmerkmal der sozialen Marktwirtschaft, steht für ein solidarisches Miteinander und im deutlichen Gegensatz zur Konfliktideologie. Gerade in Anbetracht der demographischen Entwicklung kommt dem **Zusammenhalt unter den Generationen** – auch über verwandtschaftliche Bande hinweg – eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen diesen weiter stärken, wie dies beispielsweise durch das Erfolgsmodell der Mehrgenerationenhäuser geschieht. Statt getrennter Begegnungsorte für Jung und Alt entwickeln sich dort

verstärkt Zentren, in denen sich Neugier und Erfahrung zusammenfinden. Daher begrüßen wir das Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser II“, mit dem der Bund Länder und Kommunen unterstützt und die Fortführung der Mehrgenerationenhäuser gesichert ist.

2. Gewonnene Jahre im Alter

Die Lebenserwartung in Deutschland steigt seit Jahrzehnten kontinuierlich an. Menschen treten gesünder und aktiver in den Ruhestand als früher. Die Lebensphase „Alter“ umfasst oft mehrere Jahrzehnte und ist mit dem Wunsch nach einem aktiven Altern verbunden.

Das Alter ist so vielfältig wie jede andere Lebensphase auch. Die meisten Menschen haben 40 Jahre in ihrem Beruf gearbeitet und für ihre Familie gelebt, wenn sie in den Ruhestand treten. Der Ruhestand ist wohlverdient und die Menschen sollen ihn frei gestalten können. Der Staat hat in erster Linie die Aufgabe, für ein tragfähiges Gesundheits-, Pflege- und Rentensystem zu sorgen und vor Altersarmut zu schützen. Das ist die beste Gewähr für ein selbstbestimmtes Leben im Alter. Aber der Staat und die Kommunen sollten auch die gesellschaftliche Teilhabe und das ehrenamtliche Engagement von Menschen bis ins hohe Alter ermöglichen, um dieses große Potenzial des demographischen Wandels zu nutzen. Sie sollen Anreize dafür bieten, aber nicht den Anspruch erheben, das Leben älterer Menschen verplanen zu wollen. Die ältere Generation birgt einen Erfahrungsschatz, von dem Familien und unser ganzes Land profitieren können.

Immer mehr ältere Menschen werden in der Lage sein, sich länger als früher sowohl familiär als auch gesellschaftlich zu engagieren. Zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sollten die vorhandenen Instrumente den Möglichkeiten und Interessen der älteren Generationen stärker angepasst werden. Bürgerschaftliches Engagement für und durch alle Generationen wollen wir ermöglichen und unter anderem durch eine Verbesserung der steuerrechtlichen Förderung des Ehrenamtes stärken.

Wir treten dafür ein, Forschung über neue Produkte und Dienstleistungen zu fördern, welche die Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen verbessern und ihr Leben im vertrauten Umfeld möglichst lange erlauben. Schließlich wird sich durch die Alterung unserer Gesellschaft der Anteil von Menschen mit altersbedingten Behinderungen erhöhen. Damit Menschen mit Behinderung in gleichem Maße am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, treten wir für eine umfassende Barrierefreiheit ein.

Gesundheit und Pflege

Deutschland verfügt über ein leistungsfähiges Gesundheitssystem. Die demographische Entwicklung wird die Einnahmen- und die Ausgabenentwicklung des Gesundheitssystems und des Pflegesystems aber spürbar beeinflussen, vor allem wenn sich ab 2030 die Baby-Boomer im Ruhestand befinden. Grund für den Ausgabenanstieg in der Gesundheitsversorgung sind der enorme medizinisch-

technische Fortschritt und der zunehmende Bedarf an Gesundheitsleistungen, gerade auch bei älteren Menschen.

Wie die gesetzliche Krankenversicherung ist auch die Pflegeversicherung von den Folgen des demographischen Wandels betroffen. Die Alterung der Bevölkerung führt zu einem steigenden Bedarf an Pflegeleistungen. Es geht aber nicht nur um die Finanzierung der Pflegeleistungen, sondern auch darum, ausreichend Pflegekräfte auszubilden, um die zwangsläufig entstehende Mehrarbeit leisten zu können. Eine besondere Herausforderung für viele Familien und für unsere Gesellschaft insgesamt stellt dabei die Zunahme der Demenzkrankheiten dar.

Die Union tritt dafür ein, dass kranke und pflegebedürftige Menschen auch in Zukunft ihre Gesundheitsversorgung und ihre Pflegeleistungen auf hohem Niveau zu einem bezahlbaren Preis erhalten. Unser Ziel ist, dass pflegebedürftige Menschen durch die Pflegeversicherung selbständig, selbstbestimmt und würdevoll leben können.

Neben der Pflege durch Familienangehörige und professionelle Pflegekräfte sollte auch im Bereich der Tagespflege das ehrenamtliche Engagement gestärkt werden. Der Einsatz ehrenamtlicher Betreuungshilfskräfte in Tageseinrichtungen oder ein ehrenamtlicher Besuchsdienst in stationären Pflegeeinrichtungen und bei Familien mit häuslicher Pflege sollte intensiviert werden.

Die medizinische Versorgung sehen wir nicht nur als Kostenfaktor: Das Gesundheitswesen hat auch große wirtschaftliche Bedeutung, wenn man berücksichtigt, dass etwa jeder neunte Beschäftigte dort tätig ist. Künftig werden sich durch den größeren Bedarf an medizinischer Leistung, mehr Wettbewerb und Innovation auch ökonomische Chancen bieten.

Rente

Die gesetzliche Rente hat sich für die meisten Menschen seit mehr als 120 Jahren als der entscheidende Baustein zur Vermeidung von Altersarmut und zur Sicherung eines angemessenen Lebensstandards bewährt. Sie beruht auf der Solidarität der Generationen untereinander. Die Höhe der sich hieraus ergebenden Rente muss auch künftig ein Niveau haben, das die Lebensleistung gerecht belohnt. Dabei bleibt wesentlich, dass die Rente eine beitrags- und lohnorientierte Leistung ist. Aber auch die Anerkennung der Kindererziehungszeiten von Eltern und die Unterstützung der Familien durch Hinterbliebenenrenten sind wesentliche Elemente christlich geprägter sozialer Politik.

Für den Erhalt der Generationengerechtigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung sind bereits in der Vergangenheit die Weichen gestellt worden. So wird mit dem Nachhaltigkeitsfaktor bei den Rentenanpassungen neben der wirtschaftlichen Lage auch das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentnern berücksichtigt und damit das Rentenniveau der demographischen Entwicklung angepasst. Zur Generationengerechtigkeit gehört schließlich, dass die schrittweise Anhebung der **Regelaltersgrenze auf 67 Jahre** bis zum Jahr 2029 richtig war und ist. Auf unsere Initiative geht aber auch zurück, dass Menschen mit 45 Beitrags-

jahren weiterhin im Alter von 65 abschlagsfrei in Rente gehen können. Die Lebenserwartung wird sich - von 2008 aus gerechnet - bis 2029 um rund vier Jahre erhöhen. Diese zusätzlichen Lebensjahre müssen das bisherige Verhältnis zwischen der Dauer des Arbeitslebens und des Ruhestands widerspiegeln. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 ist daher maßvoll und auch notwendig, um das Potenzial erfahrener Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu nutzen und um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Wichtig ist uns zu verdeutlichen, dass auch das heutige Rentenrecht niemanden dazu zwingt, bei Erreichen der Altersgrenze in Rente zu gehen. Es ist möglich, den **Renteneintritt auf freiwilliger Basis** hinauszuschieben und dafür eine höhere Rente zu erwirtschaften. Pro Monat kann die Rente so um 0,5 Prozent erhöht werden, bei einem Hinausschieben um ein Jahr bedeutet dies 6 Prozent mehr Rente. Bezieher einer Regelaltersrente ab dem 65. bzw. 67. Lebensjahr können auf freiwilliger Basis außerdem schon heute in beliebiger Höhe zusätzlich zur Rente hinzuverdienen. Damit die Erwerbsbeteiligung im Alter steigt, wollen wir künftig auch die Hinzuverdienstgrenzen bei vorgezogenen Altersrenten lockern, um einen flexibleren Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand zu ermöglichen.

Mit dem von uns angestrebten höheren Anteil der älteren Menschen im Erwerbsleben gewinnen die Leistungen zur beruflichen und der medizinischen Rehabilitation in der gesetzlichen Rentenversicherung an Bedeutung. Zur Flankierung der Rente mit 67 soll sichergestellt bleiben, dass hierfür ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Mit dem steigenden Rehabilitationsbedarf sollte auch der sogenannte Reha-Deckel angepasst werden. Entsprechend der Anhebung der Altersgrenze auf das 67. Lebensjahr muss außerdem die Zurechnungszeit bei der Erwerbsminderungsrente um zwei Jahre steigen.

Mit nur rund 2,5 Prozent ist ein sehr geringer Anteil der Senioren heute auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen. Wir wollen zur **Vermeidung zukünftiger Altersarmut**, dass auch diejenigen, die ein Leben lang Vollzeit gearbeitet und vorgesorgt haben, ein Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung erhalten, das bedarfsabhängig ist. Wir beteiligen uns an der Erarbeitung von rentenpolitischen Konzepten, die das Ziel verfolgen, zukünftig Altersarmut zu vermeiden. Im Rahmen solcher Lösungen sind Maßnahmen zu entwickeln, welche die Rente armuts- und demographiefest gestalten.

Es ist uns ein besonderes Anliegen, dass gesellschaftlich zentrale Aufgaben wie Kindererziehung oder das Pflegen von Angehörigen bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden.

Neben der umlage- und steuerfinanzierten Rente zählen die betriebliche und die private Altersvorsorge zu den Säulen der Altersversorgung.

Wir wollen die steuerliche **Förderung der privaten Altersvorsorge** weiter verbessern. Die private Altersvorsorge ist ein unverzichtbarer Bestandteil zur Sicherung des Lebensstandards im Alter und wird infolge der demographischen Entwicklung weiter an Bedeutung gewinnen. Deshalb ist es unser Ziel, den

Einstieg in die private Altersvorsorge attraktiver zu gestalten. Wir wollen durch Flexibilisierung und Optimierung im bestehenden System die Anreize zur privaten Altersvorsorge erhöhen. Alle Maßnahmen müssen haushalterisch darstellbar sein, sich also auch konsequent in den finanzpolitischen Konsolidierungskurs einfügen.

Konkret wollen wir Anreize zur privaten Vorsorge auch für den Fall der Berufsunfähigkeit weiter erhöhen.

Zudem verfolgen wir das Ziel, bei der Eigenheimrentenförderung nicht akzeptable Hemmnisse zu beseitigen. Schließlich wollen wir den altersgerechten Umbau in die Förderung einbeziehen.

3. Arbeitsmarkt und Wirtschaft

Wir sind der Überzeugung, dass Arbeit zu einem erfüllten Leben beiträgt. Erfolgreiches und nachhaltiges Wirtschaften ist der Schlüssel für unseren Wohlstand.

Der demographische Wandel wird sich intensiv auf den Arbeitsmarkt und damit auch auf die Wirtschaft auswirken. Wir sind aber überzeugt, dass es den Unternehmen und den Beschäftigten im Verbund mit den Sozialpartnern und mit staatlicher Unterstützung gelingen wird, auch diese Herausforderung zu meistern. Die **Soziale Marktwirtschaft** im Sinne Ludwig Erhards und Alfred Müller-Armacks hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als das anpassungs- und leistungsfähigste Wirtschaftssystem erwiesen, das auch unter großen Umwälzungen wie der Wiedervereinigung, der europäischen Einigung, der IT-Revolution und der Globalisierung Grundlage unseres Wohlstands und unseres Sozialstaats ist.

Deutschlands Wirtschaft ist stark vom **Mittelstand** geprägt, das ist eine ihrer großen Stärken. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind durch die demographische Entwicklung in besonderer Weise herausgefordert. Die bereits heute festzustellende Knappheit an qualifizierten Fachkräften und Spezialisten insbesondere in technisch-naturwissenschaftlichen Berufen wird sich weiter verschärfen. Daher sind etwa mehr Anstrengungen erforderlich, um mehr Männer und Frauen für die MINT-Berufe zu begeistern und so den Wirtschafts- und Industriesandort Deutschland zu sichern (MINT = Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik).

Bis zum Jahr 2030 wird die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter zwischen 20 und Mitte 60 um etwa sechs Millionen abnehmen. Zu den positiven Effekten dürfte ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zählen, wenn die nachrückenden Jahrgänge kleiner sind als diejenigen, die in den Ruhestand treten, und freiwerdende Stellen besser nachbesetzt werden können.

Wir sind davon überzeugt, dass wir die demographische Herausforderung für den Arbeitsmarkt nur dann meistern, wenn die **inländischen Potenziale** gehoben werden. Um einen Fachkräftemangel zu vermeiden, ist es notwendig, dass künftig

mehr Frauen, mehr ältere Arbeitnehmer und mehr in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund erwerbstätig sind.

In erster Linie ist die deutsche Wirtschaft gefordert, durch gezielte Maßnahmen diese vorhandenen Potenziale auszuschöpfen. Diese Tatsache stellt vor allem für den Mittelstand eine besondere Herausforderung dar. Dem Staat kommt hier eine unterstützende und initiiierende Rolle im Verbund mit den Sozialpartnern zu. Die staatliche Verantwortung ist gefordert, wenn es um verstärkte Anstrengungen und Initiativen im Bereich Ausbildung und Qualifizierung geht, um die Arbeitslosigkeit weiter zu reduzieren. Politik und Wirtschaft sind gleichermaßen aufgerufen, die Grundlagen für eine solide berufliche Ausbildung junger Menschen zu legen.

Die **Erhöhung der Frauenerwerbsquote** ist ein zentrales Ziel der Union. Junge Frauen sind im Durchschnitt besser ausgebildet als junge Männer, so dass es im eigenen Interesse der Unternehmen liegt, Frauen und Männern gleiche Karrierechancen einzuräumen. Zudem treten wir für die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern ein. Unternehmen werden dann für Arbeitnehmerinnen attraktiv, wenn sie Hürden beim Wiedereinstieg von Frauen auch nach längerer Erziehungszeit abbauen. Zur Familienfreundlichkeit von Unternehmen sollte auch gehören, dass sie eine Kultur entwickeln, welche die Kindererziehung anerkennt und nicht unterschwellig sanktioniert - egal, ob Männer oder Frauen hierfür eine berufliche Auszeit nehmen.

Von öffentlicher Seite sind die Maßnahmen zur Steigerung der Frauenerwerbsquote mit einer Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten zu flankieren. Der Bund engagiert sich mit insgesamt 4,6 Milliarden Euro für den Bau von Kita-Plätzen bis 2013 und mit 845 Millionen Euro jährlich für den Betrieb der Kitas. Wir appellieren an Länder und Kommunen, nun ihren Beitrag zu leisten, damit die noch fehlenden Plätze bis zum Rechtsanspruch ab 1. August 2013 realisiert werden. Eine Betreuungsquote von 35 Prozent der unter Dreijährigen ist für viele Kommunen ein ambitioniertes, aber notwendiges Ziel. Auf Dauer dürfte dieser Anteil aber nur bedingt ausreichen.

Genauso erkennen wir aber die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern an, die wegen der Betreuung kleiner Kinder länger aus dem Beruf aussteigen, um sich ganz der Familie zu widmen. Hier stehen wir zur Wahlfreiheit. Das vorgesehene Betreuungsgeld unterstützt Eltern finanziell bei der Wahl dieser Betreuungsform. Um Nachteile im Beruf für Mütter und Väter kleiner Kinder zu vermeiden, soll bei Einstellung und Beförderung im öffentlichen Dienst die Kindererziehung positiv berücksichtigt werden. Frauen und Männer, die eine Familienphase einlegen, sollen dort keinen Karrierenachteil erleiden.

Weiterhin ist notwendig, **ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen** stärker am Erwerbsleben zu beteiligen. Hier sind in den letzten Jahren unter unionsgeführter Bundesregierung schon gute Fortschritte erreicht worden. Aber zur Abmilderung der Folgen des demographischen Wandels ist eine weitere Erhöhung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer unabdingbar.

Ältere Arbeitnehmer haben ein Wissens- und Erfahrungspotenzial, das mitunter vernachlässigt oder unterschätzt wird. Wir sind der Überzeugung, dass die größere Erfahrung von älteren Arbeitnehmern gepaart mit dem Ideenreichtum jüngerer die beste Mischung für produktive Unternehmen ist. Diese Potenziale gilt es künftig zu nutzen. Wir wollen als Union dazu beitragen, dass Unternehmen ältere Arbeitnehmer nicht als Last, sondern als Bereicherung ansehen. Daher ist Fort- und Weiterbildung gerade für diese Altersgruppe notwendig. Mit der Bildungsprämie sorgen wir dafür, dass in der betrieblichen Weiterbildung unterrepräsentierte Gruppen hochwertige Weiterbildungsangebote nutzen können. Die Produktivität wird durch Weiterentwicklung und Abwechslung im beruflichen Alltag erhalten. Bei körperlich besonders belasteten Arbeitnehmern sollten Unternehmen überlegen, ob der Einsatz in alters- und erfahrungsgerechten Beschäftigungsfeldern möglich ist.

Zudem kommt der **betrieblichen Gesundheitsvorsorge** künftig erhebliche Bedeutung zu, damit Beschäftigte gesund und motiviert bis zum Ruhestand arbeiten können. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die zunehmende Beschäftigung älterer Arbeitnehmer erfordern weiterentwickelte Formen der gesundheitlichen Prävention und Rehabilitation. Neben der wachsenden Eigenverantwortung der Arbeitnehmer für eine gesunde Lebensweise müssen Arbeitgeber Aktivitäten zur Bewahrung der Leistungsfähigkeit jüngerer wie Älterer entwickeln. Wir begrüßen daher, dass die Bundesregierung eine Strategie zur gesundheitlichen Prävention mit dem Schwerpunkt bei der betrieblichen Gesundheitsvorsorge noch in diesem Jahr vorlegen und zur Wiedereingliederung erkrankter und behinderter Menschen in den Arbeitsalltag beitragen möchte.

Bei der **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** haben wir große Erfolge erzielt. Dieser Weg muss konsequent weiter beschritten werden. Insbesondere wurde die Jugendarbeitslosigkeit erfolgreich zurückgedrängt und die Anzahl Langzeiterwerbsloser von 2007 bis 2011 von 1,7 Millionen auf rund 1 Million gesenkt.

Als Union ist es uns ein wichtiges Anliegen, dass möglichst viele Menschen in eine sozialversicherungspflichtige (Vollzeit-)Beschäftigung gelangen. Wirtschaft und Arbeitgeber sind aufgerufen, weiterhin möglichst viele solcher Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen und zu erhalten. Eine kontinuierliche Erwerbsbiografie schützt am besten auch vor Armutsrisiken.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit, insbesondere auch der Langzeitarbeitslosigkeit, hat für uns daher Vorrang vor einer Zuwanderung in großem Stil. Die beste Gewähr gegen Arbeitslosigkeit sind Schul- und Berufsabschlüsse sowie die Bereitschaft, sich mit Leistung bei der Arbeit einzubringen. Während eines Berufslebens muss insbesondere die Weiterbildung bei Geringqualifizierten intensiviert werden.

Ein weiteres Potenzial liegt im Ausland und zwar zunächst in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union: Fast alle Unionsbürger können heute schon nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten. Sie sind wegen unserer Verbundenheit in der EU und des gemeinsamen europäischen Kulturraumes leicht

integrierbar. **Qualifizierte Zuwanderer** aus Drittstaaten können aber eine wichtige Ergänzung darstellen. Zentrales Steuerungselement der Erwerbsmigration muss Zuwanderung in konkrete Beschäftigungsverhältnisse sein. Eine Zuwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme und das Entstehen von Parallelgesellschaften darf es nicht geben.

Wir betonen, dass schon jetzt zahlreiche Zugangsmöglichkeiten auf den heimatischen Arbeitsmarkt bestehen, die eine bedarfsgerechte Steuerung von qualifizierten Zuwanderern erlauben. Mit der „Blauen Karte“ haben wir einen Aufenthaltstitel geschaffen, der die Arbeitsaufnahme seit dem 1. August 2012 weiter erleichtert. Das wichtigste Instrument sind aber nicht zusätzliche gesetzliche Regelungen, sondern maßgeschneiderte Anwerbestrategien der Wirtschaft für den konkreten Bedarf an Fachkräften. Diese sollten auch auf die Rückkehr qualifizierter deutscher Fachkräfte aus dem Ausland gerichtet sein, um eine dauerhafte Auswanderung zu vermeiden.

Wir sind uns jedoch bewusst, dass das Geburtendefizit als eigentliches Grundproblem des demographischen Wandels quantitativ nicht durch Zuwanderung ausgeglichen werden kann.

4. Bildung, Wissenschaft und Forschung als Grundlage zukünftigen Wohlstands

Bildung prägt die Persönlichkeit und ist eine Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Berufsleben - sie ist einer der Schlüsselbereiche, um den demographischen Wandel zu bewältigen. Erfolgreiche Bildung setzt in erster Linie persönliche Leistungsbereitschaft voraus. Anregung und Unterstützung vor allem durch die Eltern aber auch die Lehrer müssen hinzukommen. Wir wollen ein durchlässiges Bildungssystem, in dem jede und jeder durch Bildung aufsteigen können.

Bildungsrepublik: Alle Talente zur Entfaltung bringen

In unserer Gesellschaft wird gerade wegen des bevorstehenden Bevölkerungsrückgangs jeder gebraucht. Deshalb gilt es mehr denn je, alle Talente zur vollen Entfaltung zu bringen. Neben dem persönlichen Engagement von Eltern, Erziehern, Lehrern und vielen Ehrenamtlichen in Sport und Kultur ist dazu auch Geld erforderlich. Bund, Länder und Wirtschaft wollen daher dauerhaft **10 Prozent des Bruttoinlandproduktes** in Bildung und Forschung investieren. Dafür haben wir die entsprechenden Mittel des Bundes in den letzten Jahren bereits um über 70 Prozent erhöht.

Zu den wichtigsten Aufgaben unserer Bildungsrepublik gehört es, Wissensdurst, Freude am Lernen und Leistungsbereitschaft von Anfang an zu fördern. Die Hauptverantwortung tragen dafür die Eltern. Durch ihre Zuwendung und ihr Vorbild legen sie die Grundlagen für die Bildungskarriere ihrer Kinder. Wir unterstützen sie durch den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und durch

vielfältige Maßnahmen. Beispielhaft steht dafür die gemeinsame Initiative mit der Stiftung Lesen „Lesestart - 3 Meilensteine für das Lesen“, durch die Eltern zum Vorlesen und Kinder zum Lesen angeregt werden sollen.

Darüber hinaus gilt unser Augenmerk den **Lehrern und Erziehern**. In unserer immer vielfältigeren Gesellschaft sind die Anforderungen an sie gewaltig. Ihrer Aus- und Weiterbildung kommt damit ein besonderer Stellenwert zu. Durch die Exzellenzinitiative zur Lehrerbildung wollen wir die Qualität der Lehrerbildung an den Hochschulen verbessern und der Lehrerbildung an den Hochschulen wieder mehr Gewicht verleihen. Von der Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer hängt viel ab, sowohl für den Einzelnen als auch für die gesamte Gesellschaft. Deshalb verdienen sie für ihre Arbeit Anerkennung und Respekt.

Die besten Entwicklungschancen bestehen für Kinder, die früh - auch schon **vor der Einschulung** - in ihrer sprachlichen, geistigen und körperlichen Entwicklung gefördert wurden. Die Vermittlung der Sprachkompetenz ist dabei von besonderer Bedeutung. Es gilt, schon früh durch anregende Angebote die Neugier der Kinder zu wecken und sie bei Entwicklungsstörungen individuell und professionell zu fördern. Das „Haus der kleinen Forscher“ steht exemplarisch für die vielfältigen Initiativen in diesem Bereich. Inzwischen sind rund 2.650 Kindertagesstätten in Deutschland als „Haus der kleinen Forscher“ zertifiziert. Mehr als 32.000 pädagogische Fachkräfte wurden qualifiziert, um Kindern Naturwissenschaft, Technik und Mathematik nahe zu bringen. Über eine Million Kinder profitieren von dem Angebot. Seit 2011 wird das Programm auf die Altersgruppe der 6- bis 10-jährigen Kinder ausgeweitet.

Auch die **Schulen** stehen vor großen Herausforderungen. Trotz des teilweise erheblichen Schülerrückgangs muss ein vielfältiges und differenziertes Angebot erhalten bleiben. Starke wie schwache Schüler haben Anspruch auf passende Förderangebote. Allerdings sind mehr Anstrengungen notwendig, um den Unterrichtsausfall zu reduzieren. Mit Bildungsketten sorgen wir für einen guten Übergang von der Schule in eine berufliche Ausbildung. Großen Wert legen wir zudem auf die Durchlässigkeit des Systems, um auch unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeiten gerecht werden zu können.

Die Union verengt ihren Blick nicht auf die akademische Bildung, sondern sie hat die **berufliche Ausbildung** genauso im Blick. Unser gutes Ausbildungssystem führt dazu, dass wir eine der niedrigsten Jugendarbeitslosenquoten in Europa haben. Die Kombination aus beruflicher Ausbildung im Unternehmen und dem Besuch von Berufsschulen ist ein Grund dafür, dass jungen Menschen - gerade in unserem starken Mittelstand - den Einstieg ins Berufsleben schaffen.

Die zuletzt gestiegene Anzahl der Studierenden (über 500.000 Studienanfänger im Wintersemester 2011/2012) ist eine große Chance für unser Land. Um den jungen Menschen eine qualitativ hochwertige akademische Ausbildung zu ermöglichen, unterstützen wir die Länder mit dem Hochschulpakt bei der Schaffung der zusätzlich benötigten Studienplätze. Die jungen Studierenden unterstützen wir durch die verlässliche Anpassung des BAföG sowie die Etablierung eines Stipendiensys-

tems bei der Studienfinanzierung. Mittelfristig sollen 10 Prozent der Studierenden ein Stipendium erhalten. Besonders wichtig sind uns dabei die Aufstiegsstipendien für beruflich Qualifizierte. Deren Hochschulzugang haben wir durch die Qualifizierungsinitiative erheblich erleichtert.

Schließlich gilt es, die **Erwerbsfähigkeit bis ins Alter** hinein zu erhalten. Die bereits oben beschriebene Notwendigkeit regelmäßiger Weiterbildung und die höhere Lebenserwartung führen zu einer anderen Lebenszeitstruktur: Statt eines dreigliedrigen Lebenslaufes - Lernen in der Jugend, Arbeiten als Erwachsener und Ruhestand im Alter - werden künftig Bildung, Arbeit und Privatleben lebenslang nebeneinander stehen. Der demographische Wandel wird daher die Notwendigkeit der Arbeitsgeber und der Arbeitnehmer zur Flexibilität weiter verstärken. Kaum jemand kann in Zukunft noch davon ausgehen, dass er bis zum Renteneintritt an demselben Ort arbeiten und leben wird. Häufigere Umzüge erschweren das familiäre Leben und führen aufgrund unterschiedlicher Rahmenlehrpläne in den einzelnen Ländern zudem zu erheblichen Schwierigkeiten bei schulpflichtigen Kindern. Wer schulpflichtige Kinder hat, sollte künftig sicher davon ausgehen können, dass diese Kinder in der achten Klasse in Hamburg Vergleichbares lernen wie in der achten Klasse in Stuttgart.

Zukünftiger Wohlstand durch Innovationen aus Wissenschaft und Forschung

Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung 2005 setzt die unionsgeführte Bundesregierung einen besonderen Schwerpunkt auf Bildung, Forschung und Wissenschaft denn diese sind von zentraler Bedeutung für die zukünftige Gesellschaft und ihre Prosperität. Zwischen 2006 und 2010 haben wir die Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft von 8,5 auf 9,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesteigert. Darüber hinaus werden wir in dieser Legislaturperiode mindestens zwölf zusätzliche Milliarden in Bildung und Forschung investieren. Mit der **Hightech-Strategie** haben wir 2006 erstmals eine nationale Innovationsstrategie für Deutschland konzipiert, die wir mit der Hightech-Strategie 2020 in der laufenden Legislaturperiode weiterentwickelt haben. Sie konzentriert sich auf die fünf Bedarfsefelder Klima/Energie, Gesundheit/Ernährung, Mobilität, Kommunikation und Sicherheit sowie auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Innovationen.

Darüber hinaus erfordern die absehbaren demographischen Veränderungen unserer Gesellschaft auch ganz spezifische Forschungsanstrengungen. Die Union tritt für eine intensivere wissenschaftliche Untersuchung der Ursachen und Folgen des demographischen Wandlungsprozesses ein. Wir begrüßen die dazu aufgelegten Programme der Bundesregierung.

5. Solide Finanzen

Solide Finanzen sind die Basis der Handlungsfähigkeit des Staates und der sozialen Sicherungssysteme. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte hat in Deutschland mit etwa zwei Billionen Euro ein Niveau erreicht, das ein consequentes Umsteuern erfordert. Diesen Weg hat die Union mit der Verankerung der

Schuldenbremse im Grundgesetz eingeschlagen. Wir führen den Konsolidierungskurs auch in dieser Legislaturperiode weiter. Die dauerhafte Sicherung der Staatsfinanzen erfordert eine neue Zurückhaltung und Abkehr vom Schuldenmachen.

Die aktuelle **Staatschuldenkrise in der Eurozone** zeigt deutlich, wie wichtig eine nachhaltig ausgerichtete Haushaltspolitik für die Gestaltungsmöglichkeiten künftiger Generationen ist. Die Union steht für die Bewältigung der enormen Staatschuldenkrise in der Euro-Zone durch die Verankerung und Einhaltung der Schuldenbremsen und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Daher müssen alle in diesem Papier vorgeschlagenen Maßnahmen haushalterisch darstellbar sein, sich also konsequent in den finanzpolitischen Konsolidierungskurs einfügen.

Der demographische Wandel stellt unser Land und damit die Politik auch finanziell vor lang anhaltende Herausforderungen. Bei den **sozialen Sicherungssystemen** sind diese besonders spürbar. Diese basieren als umlagefinanzierte Systeme auf einem **Generationenvertrag**, bei dem stets die jüngeren Generationen die älteren Generationen versorgen, wie diese zuvor die Generationen vor ihnen. Das kann nur dann generationengerecht funktionieren, wenn in ausreichendem Maße jüngere Menschen bereit stehen. Die niedrige Geburtenrate berührt aber die Grundlagen des Systems. Damit nicht immer weniger Jüngere immer mehr Aufgaben schultern müssen, ist auch die ältere Generation gefordert, sich stärker einzubringen. Bei der Rente haben wir mit notwendigen Entscheidungen die Weichen bereits weitgehend gestellt.

Im Bereich der Pflegeversicherung fördern wir künftig die freiwillige private Vorsorge, allerdings müssen wir das im Koalitionsvertrag der christlich-liberalen Bundesregierung niedergelegte Ziel einer zusätzlichen verpflichtenden Eigenvorsorge neben dem bestehenden Umlageverfahren noch umsetzen.

Unser Ziel ist eine generationengerechte und nachhaltige Finanzierung sämtlicher demographie-sensitiver Bereiche angefangen bei der Rente über die Gesundheit bis hin zur Pflege. Wir werden prüfen, ob mittelfristig größere Rücklagen in den sozialen Sicherungssystemen gebildet werden können und sollten.

6. Integration

Die Integration der dauerhaft in Deutschland lebenden Migranten ist für den Zusammenhalt der Gesellschaft entscheidend und eine noch unterschätzte Dimension des demographischen Wandels. Dabei geht es längst nicht mehr vornehmlich um die Integration jüngst zugezogener Migranten, sondern auch um die in Deutschland Geborenen mit Migrationshintergrund. Jedes dritte Neugeborene hat einen Migrationshintergrund, in vielen Großstädten trifft dies auf mehr als die Hälfte zu.

Viele schon länger bei uns lebende **Mitbürger mit ausländischen Wurzeln** haben sich gut integriert: Sie haben Deutsch gelernt, nutzen unsere Bildungssys-

teme und tragen durch ihre Arbeit zum wirtschaftlichen Erfolg bei. Das zeigt, dass Integration vor allem über persönliche Leistung funktioniert. Denn es kommt nicht darauf an, woher jemand stammt, welche Hautfarbe oder Religion er hat, sondern es ist die Bereitschaft, sich in Arbeit und Gesellschaft einzubringen und zu engagieren. Allerdings gibt es noch zu viele Menschen mit Migrationshintergrund, die trotz jahrelangen Aufenthalts gesellschaftlich nicht integriert sind. Dies belegen beispielsweise die überdurchschnittlich hohe Kriminalitäts-, Erwerbslosen- und Schulabbrecherquote. Davor verschließen wir nicht die Augen. Hier wollen wir gezielt gegensteuern.

Es gilt, das enorme Integrationspotential des **Sports** zu nutzen und zwar im herkunfts-, alters- und glaubensübergreifenden Sinne. Sport ist Katalysator der Persönlichkeitsbildung, erzeugt Vorbilder und hat identitätsstiftende Wirkung.

Sprache, Bildung und Arbeit sind der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben und wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Wir müssen daher gezielt Instrumente einsetzen, die sowohl die Sprach- als auch die Bildungsleistungen von Migranten deutlich erhöhen. Bereits im vorschulischen Bereich muss der Grundstein für gute Sprachkenntnisse gelegt werden. Sie sind die besten Voraussetzungen, um später auch Arbeit zu finden. So kann die Erwerbstätigenquote von Personen mit Migrationshintergrund künftig steigen.

Wir setzen uns für eine Integrationskultur ein, die auf dem **Prinzip der Leistungsbereitschaft** und einem klaren Bekenntnis zu Deutschland fußt. Die Politik kann nur die Rahmenbedingungen setzen, die dann von allen Menschen auszufüllen sind.

7. Infrastruktur: Energie und Verkehr und Wohnen

Für die künftige Planung der Infrastruktur in Deutschland ist die Bevölkerungsentwicklung eine zentrale Größe. Dies gilt für den Bereich der Daseinsvorsorge genauso wie für die Energie- und Verkehrsinfrastruktur sowie für die Stadtentwicklung

Wir empfehlen stärkere interkommunale und interregionale Koordinierung der lokalen Raumentwicklungsentscheidungen. Dies spart Kosten und führt zu einem verbesserten Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage.

Der demographische Wandel kann zu einer Senkung des **Energieverbrauchs** führen und sich so positiv auf den Umfang der **Ressourcennutzung** auswirken. Weniger Menschen benötigen weniger Energie und verbrauchen weniger Ressourcen. Energierohstoffe und Ressourcen stehen allerdings nur in begrenztem Umfang zur Verfügung und werden folglich mit der Zeit teurer. Eine steigende Anzahl von Ein- und Zwei-Personen-Haushalten kann zudem zu einer höheren

Nachfrage nach Raumwärme und Strom führen. Daher werden auch weiterhin große Anstrengungen notwendig sein, um die Energie- und die Ressourceneffizienz zu verbessern. Privaten Haushalten, insbesondere auch einkommensschwachen, soll durch zusätzliche kostenlose Energieberatung geholfen werden, Einsparmöglichkeiten zu realisieren.

Gleichzeitig müssen die Bevölkerungsprognosen konsequent in die Planung der künftigen Energieversorgung einbezogen werden. Der durch die Energiewende notwendige Um- und Ausbau der Energienetze bietet beispielsweise die Gelegenheit, die Bevölkerungsprognosen für eine maßgeschneiderte Energieinfrastruktur zu berücksichtigen.

Gleiches gilt für die **Verkehrswegeplanung**: Für den Bundesverkehrswegeplan 2015 ist neben der wirtschaftlichen Entwicklung die Bevölkerungsprognose zu berücksichtigen. Nachhaltiges Wachstum und Wohlstand erfordern leistungsfähige Infrastrukturnetze, die neben den verkehrsmäßigen und wirtschaftlichen Anforderungen auch den sich ändernden Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen Rechnung tragen müssen. Erhalt und Modernisierung der Bestandsnetze stehen dabei im Vordergrund. Die Verkehrsinfrastruktur muss aber auch eine ausreichende Mobilität für die Menschen in den Regionen sichern.

Die **Stadtentwicklung** muss Antworten auf den demographischen Wandel, den Schutz der Ressourcen und die Fragen des Zusammenhalts in Wohnquartieren bieten. Die Stärkung der Stadtzentren und Ortskerne gehört genauso dazu wie die Schaffung eines barrierearmen Wohnumfelds. Die Städtebauförderung kann die Kommunen bei demographisch bedingten Anpassungsprozessen unterstützen und sollte auf diese Aufgabenstellung hin von Bund und Ländern im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel weiterentwickelt werden. Auch die beabsichtigte Änderung des Bauplanungsrechts ist notwendig, um beispielsweise Kindertagesstätten in Wohngebieten zuzulassen.

Der **altersgerechte Umbau von Wohnungen** muss forciert werden. Ältere Menschen möchten so lange wie möglich in ihrem vertrauten Umfeld wohnen. Deshalb sollte das im Jahr 2012 ausgesetzte Bundesprogramm „Altersgerecht Umbauen“ in der Zuschussvariante fortgeführt werden. Um weitere Effizienzgewinne zu erzielen, sollte der altersgerechte Umbau so weit wie möglich mit energetischen Gebäudesanierungsmaßnahmen verbunden werden.

Die Verfügbarkeit moderner Kommunikationswege ist überall in Deutschland eine Bedingung für wirtschaftliche Entwicklung und soziale Teilhabe. Wir unterstützen daher die Breitbandstrategie der Bundesregierung und wollen im Rahmen der Eckwerte von Bundeshaushalt und Finanzplan bis spätestens 2018 die flächendeckende Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen mit einer Leistung von mindestens 50 MBit/s erreichen. Dabei müssen sowohl der ländliche Raum als auch die Städte bedient werden.

Veränderungen der Einwohnerzahl oder im Altersaufbau sind in **ländlichen Räumen** direkter und in einem größeren Ausmaß feststellbar als in Großstädten. Die demographische Entwicklung wird regional sehr unterschiedlich verlaufen. Während bestimmte Landstriche mehr und mehr Einwohner verlieren, gewinnen andere Regionen - vor allem Metropolregionen im Umfeld größerer Städte - Einwohner hinzu. Die Herausforderungen für die ländlichen Räume haben eine solche Dimension, dass wir dazu auf Grundlage der Arbeiten der Koalitionsarbeitsgruppe „Ländliche Räume/ Regionale Vielfalt“ einen Beschluss des Deutschen Bundestages in der zweiten Jahreshälfte 2012 herbeiführen wollen und ein konkretes Maßnahmengesetz auf den Weg bringen werden.

Ausblick

Wir sind uns bewusst, dass die formulierten Ziele und Maßnahmen keine abschließende Antwort auf die demographische Entwicklung sind. Es gab keine starre Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahrzehnten und sie wird es auch in Zukunft nicht geben, die Trends sind aber klar erkennbar. In allen dargestellten Politikbereichen und gerade im Bereich des Renten-, Gesundheits- und Pflegesystems sowie in der Familienpolitik werden die Diskussionen intensiv weitergehen. Auf dem Fundament des christlichen Menschenbildes wollen wir uns diesen Fragen stellen und Lösungen vorschlagen und realisieren, die dem Wohl der Menschen in Deutschland und künftigen Generationen dienen.

Herausgeber:
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
11011 Berlin

Text: Projektgruppe Demographie